

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moltkeplatz Nr. 7832.

Berlin, November 1929.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug mit Streifenband vierteljährlich 2,50 Mk. hal. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,98 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht angenommen.

## Ausmisten! — Aber wie?

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung spaltet die Menschen in eine ausbeutende und eine ausbeutete Klasse: Proletariat und Bourgeoisie. Je intensiver diese Ausbeutung des Proletariats durchgeführt werden kann, desto rascher steigt der Profit, der aus den Knochen des Lohnsklaven gepreßt wird. Zur Niederhaltung der Lohnsklaven sind der Bourgeoisie alle Mittel heilig: Der Gehirnzwang, um die Reservearmee der Arbeitslosen immer neu aufzufüllen, die Verdummung durch schwarze und rote Puffen, Zuchttaus und schwarze Listen.

Das Proletariat aufgeweckte Botirnde essen und die Hunde der Bourgeoisie Schlagsahne, daß ein sozialdemokratischer Obergenosse täglich tausend Mark verdient und proletarische Mütter aus Verzweiflung ins Wasser springen, daß — mit einem Wort — der Ueberfluß der Nutznießer dieser „Ordnung“ das soziale Elend der Arbeiterklasse und die völlige Pauperisierung eines Teils davon zur Voraussetzung hat, ist eine Einsenwahrheit, die aussprechen eigentlich nicht mehr nötig sein sollte.

Das ist nötig ist, zeigen jedoch die mit den bevorstehenden Wahlen zusammenhängenden Vorgänge in dem „roten Berlin“, die Sklarekerel, „Korruption“ tönt es aus den Mäulern aller „Wahlredner. „Ausmisten“ ist das Schlagwort der „radikalen“ Partei, der „einzigen Arbeiterpartei“, der „kommunistischen“ Partei.

Was will die Partei damit sagen? Wenn ihr demagogisches Geschrei einen Sinn haben soll, dann doch nur folgenden: Die fetten Oberdemokraten, die das „Volk“ bei den nächsten Wahlen an die Futterkrippen der Demokratie befördern soll, mögen sich mit den Gehältern begnügen, die die Bourgeoisie bezahlt. Die Bourgeoisie bezahlt schon deswegen nicht schlecht, weil die Vertreter aus ihren Reihen solche Posten nur bekleiden können, wenn sie „standesgemäß“ leben können. Und das — meint die „Rote Fahne“ — muß eben genügen. Man muß schon verlangen, daß die Herren Stadtväter ihre weiße Weste in allen Ehren tragen. Wer sich daneben noch Pelze schenken läßt, Anzüge usw., der ist ein Lump, fort mit ihm, her mit den anständigen Leuten, die sich mit den Gehältern, die aus den Knochen der Arbeiterschaft herausgeschunden werden, zufrieden verstehen!

Nach dieser Logik beginnt die „Korruption“ erst mit dem billigen Anzug. Daß eine solche Auffassung dem proletarischen Standpunkt einfach ein Gesicht schlägt, kommt diesen Postenräuber gar nicht mehr zum Bewußtsein. Sie werfen nach denen mit Steinen, die sich durch ihre Dummheit ihre bürgerliche Karriere verkaufen durch Annahme kleiner Geschenke. Die gelebten Gauner, die weiter den Edelmann spielen um nicht von der Futterkrippenleiter zu purzeln, sondern möglichst weit nach vorn zu kommen, — das sind nach der Argumentation der Stalinisten die Ehrenmänner.

Daß die KPD, den Gaebel und Degener sofort hinauswarf, war natürlich nur ein Trick Kluger Gauner! Eine plumpe Spekulation der Wahlmagnaten auf die kleinsten bürgerliche Borniertheit der Wahlschafe! Denn ansonsten ist die KPD, gar nicht so. Die Thälmann und Leow sind der wüstensten Korruption überführt, aber die KPD, demt gar nicht daran, diesen Ehrenmännern etwas am Zeuge zu flicken, weil jeder, der fliegt, ein ganzes Korruptionsnetz mitreißt. Die KPD, wird nur noch durch die Solidarität der Korruptulente zusammengehalten. Daß diese „Ehrenmänner“ sich trotzdem nicht wohl fühlen und durch die Wahlen gerne zu legalen Kostgängern der Hindenburgdemokratie werden möchten, weil dort die Gelder viel pünktlicher und ohne besonderes Risiko fließen, ist absolut begrifflich.

Ausmisten! — Nach den Wahlen sitzen also dann Leute in, den demokratischen Abwicklungsstellen, die durch solche Dummheiten ihre bürgerliche Existenz nicht mehr gefährden. Und diese bestimmen dann, wo eine Pißblöde hinkommt, ein neuer Autobus verkehrt, eine Straße umgetaft wird. Vielleicht beschließen sie auch, daß man die Gehälter erhöhen muß, damit die Unschulds-

knaben nicht wieder in Versuchung kommen, weil „niedere“ Gehälter immer ein Anreiz sind, sie durch „unrechtmäßige“ Spekulationen zu erhöhen. Das ist nach Neuwahlen gewöhnlich der Fall.

Denn was sollen sie sonst? Wollen sie an den wirklichen Verhältnissen etwas ändern? Davon spricht keine Partei, auch die rot aufgeputzte KPD, nicht. Sie bestreitet auch nicht, daß die kapitalistische Organisation der städtischen Verwaltungen nicht getrennt werden kann von ihrer kapitalistischen Umwelt. Wohnungen werden gebaut, — für die, die die Mieten bezahlen können. Arbeit wird „beschafft“ — um die Arbeitslosen durch niedere Löhne gegen die „freien“ Arbeiter auszuspielen. Der Reichtum ist auch hier für die Reichen, die von dem Schweiß der Habenichtse leben. Und davon leben auch die Rattenfänger, die vor den Wahlen so laut schreien.

Gewiß kann da einmal eine Exmission verhindert, dort einmal einen armen Teufel die Krisenunterstützung verlängert werden, ein Kriegskrüppel vielleicht einen Hund bekommen, eine Planschweise gegraben werden für die Kinder der Hinterhöfe. Aber diese Dinge bewegen sich in den Grenzen, die der Staat durch seine Gesetze zieht. Die „Arbeitslosenreform“ ist dafür ein klassischer Beweis. Es dreht sich im Grunde genommen um die Verteilung der Almosen, die Vater Staat für die auswirft, die er am liebsten im Himmel wissen möchte, weil sie nicht mehr ausbeutungsfähig sind. Wir haben noch nicht erfahren, daß die KPD, dort, wo sie selbst den „Genossen“ Bürgermeister stellte, eine grundsätzliche Änderung der kapitalistischen Verhältnisse angestrebt hätte. Sie weiß, warum! Wer den Interessen der „Allgemeinheit“ dienlich will, darf das Idyll des Burgfriedens, der Klassenharmonie nicht stören.

Die Zuspitzung der internationalen Widersprüche des Kapitalismus stellt das Proletariat vor die Frage des Sturzes der kapitalistischen Ordnung, um das Proletariat als Klasse vor dem Untergang zu retten!

Das Proletariat verachtet die Lumpen, die in „anständiger“ Weise die Dummheit der Arbeiter ausbeuten möchten für ihre persönlichen Bedürfnisse. Das revolutionäre Proletariat sieht in den Methoden der Bourgeoisie, durch „Neuwahlen“ vor den Grundfragen abzulenken, die heute im Vordergrund stehen, nur einen Bestandteil der gesamten bürgerlichen Politik, die sich immer gegen proletarische Klassenpolitik richten muß. Das Proletariat hat kein Interesse daran, ehemaligen Arbeitern, mit denen alle Parteien als ihre Wahlkandidaten hausieren gehen, von der Bourgeoisie mästen zu lassen. Die Gaebel und Degener sind lebendige Beweise dafür, daß die Sozialdemokratie so tief verlumpst ist, weil ihre parlamentarischen Erlöse eben die Größe aufweisen, die dieser Verlumpung entspricht. Die „geringe“ Verlumpung der KPD, entspricht absolut ihrem momentanen Einfluß. Der Niedergang der revolutionären Ideologie der KPD, durch den Parlamentarismus zeigt sich jedoch darin am krassensten, wie sie die grundsätzliche Auffassung des Proletariats zum Kapitalismus und seiner verlogenen Moral zu verdunkeln sucht zu Gunsten von Wahlschäften.

Jede Partei, die in der Epoche der proletarischen Revolution den Parlamentarismus als Kampfwaffe einer vergangenen Epoche nicht in der Rumpelkammer der Geschichte wirft, muß eben notwendig zu einer Partei bornierter Spießer herabsinken. Das parlamentarische Getriebe von seinem verlogenen demokratischen Heiligenschein entkleidet, enthüllt sich uns als ein Rettungsanker der bürgerlichen Klassen, um deren alte Herrschaft zu verlängern. Die Diktatur des Ausbeutertums und ihrer gefälligen Trabanten, um die Massen in sklavischer Fron zu halten, während das kleine Häuflein der Besitzenden in Willust und Uppigkeit schwelgt. Die Proletariat, die noch zur Wahrenen schreien, um ihre trostlose Lage zu bessern, schmieden damit selbst neue Ketten und Halsisen, mit denen sie an den Wagen der Konterrevolution gespannt werden. Der Parlamentarismus ist ein Stück kapitalistischen Diktatur. Darum nieder mit dem bürgerlichen Parlament und alle Macht den Räten!

## „Nationaler Sieg“

Zum ersten Mal nach der glorreichen Novemberrevolution des Jahres 1918 hat die in der wilhelminischen Epoche herrschende Schicht des landwirtschaftlichen und schwerindustriellen Großkapitals versucht, eine einheitliche nationale Bewegung gegen die vom Finanzkapital diktierte Erfüllungspolitik einzuleiten. Der Kampf der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Jahre 1923 war mehr ein Kampf der nationalistischen Außenwelt, welcher von der hierenannten Kapitalsschichten nur als Gegensatz zwischen den einzelnen Kapitalgruppen über die zukünftig einzuschlagende imperialistische Politik, weil damals das deutsche Kapital überhaupt nicht in der Lage war, einen solchen Kampf vorzubereiten. Der Kernpunkt der damaligen Bewegung war die Form, in der sich der Wiederaufbau der kapitalistischen Ordnung in Deutschland vollziehen sollte. Das revolutionäre Proletariat glaubte den Zeitpunkt zur Eroberung der politischen Macht für geeignet. Gegenüber dieser Haltung zog das deutsche Kapital mehr zur Gegenwehr die völkischen Organisationen als militärische Truppe auf. Im Laufe der Entwicklung gingen aber die völkischen Organisationen über den ihnen gesteckten Rahmen zur Offensive über und drohten ihren eigenen Weg zu gehen, durch den eine noch stärkere Gefährdung des kapitalistischen Aufbau hervorgerufen werden würde.

Während der Jahre 1924 bis 1928 vollzog sich der Aufbau der kapitalistischen Ordnung in Deutschland. Die deutsche Bourgeoisie erstarbte wieder so weit, daß sie daran denken konnte, eine eigene neue imperialistische Politik einzuschlagen. Solange der „Aufstieg“ sich vollzog, dachte das deutsche Kapital nicht an eine Entfesselung einer nationalen Bewegung, weil dieser Aufstieg im engsten Zusammenhang und Zusammenarbeiten mit dem internationalen Kapital erfolgte. Der deutsche Nationalismus war zur Ruhe verurteilt. Das Erwachen einer nationalen Bewegung hätte eine Gefährdung der vom ausländischen Kapital zur Verfügung gestellten oder noch zu stellenden Kredite bedeutet. Es war infolgedessen aus einer patriotischen Imperialismus vorurteil. Als nach dem Zusammenbruch der „ersten Konjunktur“ des Jahres 1927 der Zufluß von ausländischem Kapital aufhörte, und gleichzeitig das im

Unter fürchterlichen Qualen und Zuckungen rast die kapitalistische Welt in den Abgrund. In ihrem Untergang zieht sie sich, mit sich. Alle bisher festen Begriffe, Vorstellungen, Einrichtungen werden in den toten Strudel hineingezogen. Sie verlieren ihre Bedeutung und Gültigkeit. Eine Neuwertung aller Werte findet statt. Die Waffe der Kritik wird zur Kritik der Waffen. Der Befehlshaber der Arbeiterklasse in seiner Methode und Anwendung, Mittel ist völlig umgestülpt.

Es gilt die organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um alle Vorbedingungen zur Erringung des Räte-systems einzurichten. Die Arbeiter müssen die parlamentarischen Parteien mit ihrem Wahlhumbung zum Teufel jagen und sich der politischen Organisation angliedern, die auf dem Boden des Räte-systems steht, nämlich der Kommunistischen Arbeiter-Partei. Sie müssen die alten bürgerlichen Gewerkschaften mit ihrer zünftlerischen Gliederung und Einstellung auf die Arbeitgemeinschaft mit dem Kapital zerstören, und an deren Stelle die revolutionären Betriebsorganisationen setzen, die nach Betrieben hin auf zur „Allgemeinen Arbeiter-Union“ zusammengelagert werden. Sie bilden ein festes Gerüst der zu erkämpfenden Räte und Grundlage der kommunistischen Produktionsweise.

Dem Sage nach dem Stimmzettel gilt es die Forderung „Alle Macht den Räten“ gegenüber zu setzen. Diese Forderung ist keine blutere Formel, sondern die Entgegensetzung der proletarischen Macht gegenüber der bürgerlichen. „Alle Macht den Räten!“ das war der Geburtschrei der proletarischen Revolution und wird ihr siegendes Feldgeschrei sein.

Interessen der Arbeiterschaft gehütet würden. Hier Aufbau des Sozialismus, dort niederknechtender Kapitalismus, der die Interessen der Arbeiterschaft nicht erfüllen kann.

Ein Genosse der KAP versuchte an Hand der kapitalistischen Entwicklung die enge Verflechtung, die Rußland mit den übrigen Kapitalgruppen eingehen mußte um überhaupt seine Wirtschaft aufbauen zu können. Einige SPD-Vertreter, die erwartet hatten ein Referat über Kommunistenpolitik zu hören, konnten nicht bezweifeln, daß die Weltwirtschaftsfrage eine Frage ist, die das Problem der Weltwirtschaft in sich trug. Im Schlußwort des Helden der 3. Internationale konnte er nicht

seinem Aufbau Konzeptionen an den Kapitalismus machen mußte. Ebenso auch die Unmöglichkeit, das große Erwerbslosenheer Deutschlands durch kommunale Arbeitsbeschaffung zu verringern innerhalb dieser bürgerlichen Gesellschaft. Der Schlusseffekt: „Wir wählen doch, um Heerschau zu halten wie die Proletariat der Kriesszefahr gegen die Sowjet-Union hierdurch kündigt.“

## Betrieb und Wirtschaft

### Mehr arbeiten, weniger essen

#### Die Mansfeld A.-G. verlangt Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne.

Die Auswirkungen des Schlachtrufes, den einst der Doktor Striener (jetzt Redakteur Siemens' gelber Werkzeitung) im Namen des ADGB, erhob, reproduzieren sich ganz zusehends immer aufs neue. Das illustriert der folgende Ukas der Mansfeld A.-G.:

An den Verband der Bergbaubetriebsarbeiter Deutschlands, Halle (Saale).  
1. Hiermit kündigen wir das gegenwärtig gültige Mehrarbeitsabkommen vom 25. September 1928 zum 30. November dieses Jahres und verlangen die Arbeitszeit nach dem 1. Dezember dieses Jahres in nachstehender Weise zu ändern:  
1. Für die Arbeiter über Tage, soweit sie unter Abschnitt II Ziffer 1 des Mehrarbeitsabkommens fallen, wird die Arbeitszeit um sechs Stunden einschließlich Sonnabend um eine halbe Stunde verlängert.

2. Die Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonntagen, die augenblicklich gemäß Abschnitt II Ziffer 2 des Mehrarbeitsabkommens für die unter Abschnitt II Ziffer 2 genannten Arbeiter (Untertagegesellschaft, Kläuber, Schachtbeförderung) eintritt, wird aufgehoben.  
3. Ferner kündigen wir zum obgenannten Tage die jetzt gültigen Lohnsätze und befragen, die Tarifföhne um 5 Prozent herabzusetzen.

In einer langen Begründung spricht die Gesellschaft aus, daß sie durch ihre Maßnahme ihre gesunkene Konkurrenzfähigkeit wiederherstellen will. Gegen die Notwendigkeit, die ziffermäßig begründet wird, lassen sich keine Einwendungen erheben, wenn man für die Aufrechterhaltung des Kapitals eintritt, wie dies die Gewerkschaften tun. Den Besitzern des Bergbaubetriebsverbandes wird es denn auch wohl schwer fallen, christliche Einwendungen gegen das Begehren der Mansfeld A.-G. ins Feld zu führen. Die einzige Hoffnung für sie wird die sein, daß die Gesellschaft gar nicht die Absicht hat, die Löhne um 6 Prozent zu kürzen. Sie wird sich vielleicht mit 4 Prozent auf der Verringerung der Anzahl der Arbeiter, denen Lohnabzug zugedacht ist, begnügen. Und die Gewerkschaft wird ihren Gläubigen noch obendrein einen Sieg vorgaukeln können.

Die gesunkene Konkurrenzfähigkeit ist die ganz natürliche Folge der Produktionssteigerung infolge der Rationalisierung. Da die Gewerkschaften gegen die Besetzung des Kapitalismus durch die Revolution, aber für die Rationalisierung im Kapitalismus sind, werden sie nicht umhin können, ihrem Verrat an den mitteldeutschen Kumpeln einen neuen hinzuzufügen. Der „Abwehrkampf“ wird in Phrasen, höchstens noch in kleinen Plänkeln zur Schwächung und Zersplitterung der Arbeiterschaft bestehen. Erhältlich ist die Haltung des revolutionären Halbes „Klassenkampf der KAP! Das heißt im Namen einer angeblichen Opposition folgende „Forderungen“ auf:

2. Mark Lohnsätze pro Mann und Schicht auf die Effektivlöhne
  2. Bestätigung der Lohngruppen und -spannen unter weitgehendster Berücksichtigung der Löhne der Jugendlichen.
  3. Einführung des Siebenstundentages unter, sowie des Achtstundentages über Tage, einschließlich einer halben Stunde Pause!
  4. Herstellung der einheitlichen Kampffront mit den Braunkohlenbergarbeitern!
- Die „Forderungen“ sind an die Gewerkschaften und an das Kapital gerichtet. Man könnte ebensogut an Petrus die „Forderungen“ richten, daß er Manna regnen lassen soll, oder gleich gebratene Laiben. Diese sich als Marxisten gebärdenden Phrasendrescher haben ihr eigenes Tun noch nicht begriffen oder versuchen es zu verschleiern. Sie treiben die Arbeiter in die freitragenden Streikbewegungen, brechen der Klassenfront das Genick, stärken die konterrevolutionäre Front, und verlangen von ihnen die Durchführung von Arbeiterforderungen. Solange man Arbeiter in die Gewerkschaften treibt, ist es eine ible Demagogie, ihnen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu kämpfen, — die sie selbst stärken und ihnen durch die Arbeitergenossen die Taschen füllen.
- Wenn die Arbeiter von neuem auf den Leim der Gewerkschaften und ihrer unehrlichen Zübeln hängen, ist ihre Niederlage gewiß. Erst wenn sie ihre Klassenkraft in revolutionären Betriebsorganisationen konzentrieren und den Gewerkschaften und ihren rötlichen Zuhältern jeden Pfennig verweigern, wird es ihnen möglich werden, durch Massenaktionen und einer Klassenfront auf breiter Grundlage dem Kapitalismus selbst an die Gurgel zu gehen, um für eine kommunistische Bedarfsordnung zu produzieren.

### Es wird abgebaut

#### Massenentlassungen.

Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik teilt mit, daß sie Entlassung von 730 Arbeitern und entsprechende Anzahl von Beamten beantragt hat.  
Phönix, Düsseldorf, plant umfangreiche Entlassungen für die nächste Zeit.  
Die Porzellanfabrik Gabaulla & Hofmann in Irmstadt hat ihre gesamte Belegschaft in der Stärke von 150 Mann entlassen. Die Firma, die seit 50 Jahren existiert, beschäftigt vor dem Kriege 500 Arbeiter.

Berliner Ford schließt.  
Ford beabsichtigt seinen Betrieb von Berlin nach Niehl bei Köln zu verlegen. Vorerst soll dort nur Montage betrieben, später aber mit Vollproduktion begonnen werden. Die Fabrik wird mit 1000 Arbeitern anfangen. — Bei Köln sind die Löhne niedriger als in Berlin.

Die Gesslirud schluckt Ludwig Löwe.  
Die Gesslirud (Gesellschaft für elektrische Unternehmungen), mit der die Ludwig Löwe A.-G. schon bisher lose verbunden war, hat sich nunmehr diese Firma direkt angegliedert. Gleichzeitig wird auch die Agwa (A.-G. für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsanlagen) von der Gesslirud aufgenommen.

Die Verschmelzung hat natürlich den Zweck, die Elektrointeressen von der Gesslirud mit denen der Ludwig Löwe A.-G. zusammenzulegen, um die Konkurrenz auszuschalten und vor allem um rationeller und billiger zu produzieren. Die Entlassung von Arbeitskräften wird die selbstverständliche Folge sein.

Opel legt die Elite-Diamant-Werke A.-G. still.  
Die Adam-Opel A.-G. hatte kürz vor ihrem Aufgehen in der General Motors Co. die Elite-Diamant-Werke A.-G. in Chemnitz aufgekauft. Das Werk wird jetzt stillgelegt und die 400 Mann starke Belegschaft entlassen. Der Kauf der Elite-Werke war nur erfolgt, um eine lästige Konkurrenz loszuwerden.

Aussperrung in der Süßwarenindustrie.  
Der Arbeitgeberverband der Süßwaren- und Nahrungsmittelindustrie für den Regierungsbezirk Mitteln und den Freistaat Lippe hat in den ihm angeschlossenen 40 Betrieben sämtliche Arbeiter, etwa 5000 Mann, am 24. Oktober wegen Lohnstreikzeiten ausgesperrt. — Zum Ausgleich dafür werden die Arbeiter anderer Bezirke Überstunden machen und weder Profite der Fabrikanten noch der Bedarf der Händler zum Weltmarktgeschäft wird darunter leiden.

### Aus der Internationale

#### Holländische Skizzen

Kommunistische Parteien.  
Wenn, wie überall, auch bei revolutionär empfindenden Arbeitern mit einem schmerzlichen Achselzucken geantwortet wird, wenn das Wort „Kommunismus“ auftaucht, so kann man darüber nicht erzürnt sein. Hier in diesem kleinbürgerlichen Land, wo die Ehrfurcht vor Tradition fast noch jedem Arbeiter in den Knochen steckt, kann nur durch überzeugende, offene, ehrliche Tätigkeit in den Betrieben was erreicht werden. Moskau profitiert aber mit seiner „Kommunistischen Partei“ Holland ein Künigsbüchlein aus. Die Partei, geführt von Advokaten, Doktoren — Philosophen kann natürlich keine mündigen, revolutionären Arbeiter erziehen. So ist auch keine kommunistische Tätigkeit in den Betrieben zu spüren, und so kann man begreifen, daß für den Durchschnittsarbeiter der Kommunismus eine fata Morgana ist.

So liegen nun einmal die Dinge, und dieses zu verschweigen wäre Selbstbetrug. Es wird angebracht sein, mit Zahlen zu kommen. Von kleinen Funktionen hört man, daß die KVI, über 2000 Mitglieder hat, davon in Amsterdam 500. Diese Zahl ist übertrieben; es sind noch keine voll Tausend, und über die Hälfte kann man noch abrechnen zu denjenigen, die mal die Partei durchlaufen haben. Ein „Kottedänisch Volksblatt“ 4000 Auflage haben soll. Wenn dieses stimmt, so sind sicher die Hälfte davon Freireisepäler. Seit einigen Monaten besteht eine Monatszeitschrift „De Communist“, die sich nicht vollzählig auf parlamentarischen Boden. In Reichs-parlament, wo Louis de Visser; in den Generalversammlungen, wo hier und da Moskauleute sitzen, stellt man Anträge und hält Interpellationen. Diese Tätigkeit wird als „Revolutionsarbeit“ bezeichnet. Diese Tätigkeit machen. Man muß eine allgemeine staatliche Krankenversicherung mehr zugunsten der Arbeiter ausbauen. Man muß mehr gute und billige Wohnhäuser bauen. Man muß den Arbeitlosen mehr Unterstützung geben. Der größte Knackpunkt ist aber: man muß Holländischindien freigeben, jetzt unmittelbar.

Mit „Man muß“ beginnt's und mit „Man muß“ hört's auf. Natürlich ist dieses „Man muß“ an die Adresse der Bourgeoisie und Sozialdemokratie gerichtet. Die Arbeiter für diese revolutionäre in Glanzfächeln sind noch Ausflügler per Boot, per Eisenbahn mit anschließender Festlichkeit, Filmabende von der IRI, ins Leben gerufen, mit anschließendem Ball und Jazzorchester. Im Interesse des russischen Staates bekommen Leute von Zeit zu Zeit mit ein Flugblatt in die Hand gedrückt die Inhalts, daß keine Munition nach China verladen werden werden soll. Soldaten, die spät abends zur Kaserne eilen, können auch mal eine kleine Broschüre bekommen, worin vermeldet wird der Fall, daß ein holländischer Soldat nicht gegen Rußland kämpfen soll. Damit hört aber auch auf jegliches, was noch als „Wirken“ zu benennen wäre. In den Betrieben keinen Einfluß, in der modernen Fachbewegung (Freie Gewerkschaften) nirgends hervortretend. So gibt es nur ein Plätzchen, wo die bolschewistische ab und zu vermeldet werden. Holland hat eine „revolutionäre Gewerkschaft, das NAS, (National Arbeit-Sekretariat) mit gut 30 000 Mitgliedern. Hier im NAS, bilden die Moskaujünger eine sehr bescheidene „Opposition“. Sie verlangen Anschluß an die Rote Gewerkschafts-Internationale und mehr revolutionären Kurs. Das mit dem „revolutionären Kurs“ sieht so aus, daß die Leitung des NAS, vor allem der 1. Vorsitzende Sneevlied, ehemalige Kommunisten sind, die wohl ein wenig mit Trotzky liebäugeln. Aber massig darf sich diese Opposition im NAS, nicht machen. Moskau hat heute doch nicht mehr den geringsten Einfluß, und wir mucken, wird ohne Pardon ausgeschlossen.

Sind nun keine Lorbeeren im „Außendienst“ zu ernten, versucht man es im „Innendienst“. Was kann die Tribune schimpfen auf die Rechten, Trotzkisten, Sozialverräter. Was kann sie für wunderbare Artikel ausgeben von seiten der Partei, teilung, wie gearbeitet werden muß und was bolschewistisch ist und was betrügerisch. Das „Guten ist so viel, daß nicht alle „Eingesinde“ unterdrückt werden können, die da melden: Die Genossen bekommen Kopfschmerzen von soviel theoretischer Schrebererei. „Man soll doch endlich die Tätigkeit auf die Betriebe konzentrieren“. Bei dem Aufbau der KVI, ist es ausgeschlossen, daß sie sich je zu revolutionärer Arbeit aufraffen wird. Ueberall reicht es nach Kloake in dem ganzen Bau. Die Tribune schreit und wimmelt um Geld. „Das einzige revolutionäre Tagesblatt muß verschwinden, wenn nicht Geld ausgetrickelt wird.“ Wie es aber damit sieht, erfährt man jetzt in voller Öffentlichkeit. Mitte September 1929 sind von 20 Tribune-Austräger 11 Mann in den Streik getreten. Die Tribune-Leitung hat einen der Zeitungsbesitzer auf die Straße gesetzt, weil dieser den Parteipolitikern einige Wahlsprüche gesagt hatte. Die elf Tribune-Austräger stehen in Sympathiestreiks und man erfährt Folgendes: Die deutschen Direktoren Kranz und später Assenmacher, die in dem Tribune-Chaos Ordnung schaffen wollten, sind durch die holländischen Bonzen bei der Polizei denunziert worden und daraufhin prompt ausgewiesen worden. Der Advokat und Redakteur der Tribune, de Vries, läßt sich 1200

Gulden bezahlen für Uebersetzungen, derweilen das Tribunalepersonal nur ein Drittel des Lohnes erhält, keine Invalidenmärkte gekleidet werden usw. Das ganze Unternehmen natürlich groß aufgemacht, wurzelt in Moskau Geld. Während man den deutschen Direktor hatte, erhält der frühere holländische Direktor sein Gehalt weiter. Dem Redakteur Vischer wurden ein Jahr lang alle Funktionen und Parteistellen aberkannt. Er hatte in Rotterdam den berüchtigten Polizeispitzel von der Heuvel engagiert, um den Rotterdammer Leiter der Wynkopgruppe, van Burink, zu bespitzeln. Natürlich erhält Vischer sein Gehalt weiter, und jedermann kann sich einen Vers machen, wer eigentlich der Auftraggeber von van der Heuvel gewesen ist. ... Wie ungesund der Apparat ist, kann man daraus ersehen, daß die Tribune mit noch nicht tausend Abonnenten für Amsterdam, von zwanzig Austrägern besorgt wurde. — Man muß sich die holländischen Häuser nicht als deutsche großstädtische Mietkasernen vorstellen. Treppensteigen kommt hier nicht viel in Frage. Darum ist es jetzt auch gut möglich, daß 9 Austräger die Arbeit für 20 leisten, d. h. für 11 Mann kann nun der Sold gestrichelt werden. Ueber die Jugend- und Pionierbewegung was berichten, wäre Karikatur und verlöhnt nicht die Druckerschwäre.

Man darf nicht außer acht lassen, daß es noch eine zweite „Kommunistische Partei“, Holland, mit dem Unteritel Central-Comité gibt. Diese, die sogenannte Wynkopgruppe, kann wohl mit der deutschen Brandlergruppe verwechselt werden. An innerer Stärke, an politischer Tätigkeit ist sie den „Offiziellen“ weit über. Bei den Wahlen Juli 1929 bekamen die Offiziellen an 37 000 Stimmen, die Wynkopianer an 30 000. Man muß bedenken, daß Wynkop, der sich wieder im Parlament sitzt, nur zur Verfügung hat ein kleines, zweimal wöchentlich erscheinendes Blatt, „De Communistische Gids“ (Gids = Führer). Auch verfügte die Gruppe nicht über die Mittel, Autos en gros, Plakate, Flugblätter, Grammophone mit Propagandaplatten und Barmittel, die den Offiziellen bei den Wahlen zur Verfügung standen. (1925 setzte Moskau Wynkop gegen Widerstandigkeit als 1. Vorsitzenden der KVI, ab. Wynkop sammelte seinen Getreuen um sich um bezeichnete seine Gruppe als die KPH). Die Wynkopgruppe, die wohl gut 500 Mitglieder hat, sitzt fest im Sattel. In Rotterdam erhielten die Offiziellen 2000 Stimmen, Wynkop, oder besser der Rotterdammer van Burink, der die Wynkopianer in der KVI, über 9000 Stimmen. In den einzelnen Gewerkschaften, wo die Wynkopleute mit den „linken“ Sozialdemokraten zusammen wirken, macht sich hier und da ihr Einfluß bemerkbar. Bemerkenswert werden, daß eine große Stimme innerhalb der Offiziellen vorhanden ist, um sich mit den Wynkopianern auszuheben. Wynkop nutzt dieses geschickt aus, er greift nun die „böse-utobolschewistische-Leitung“ der Offiziellen an. Ueberall ist die Wynkopgruppe, daß sie für Moskau und die 3. Internationale ist.

Was soll man noch vermelden über die Aussichten der revolutionären Entwicklung in Holland? KAP-Ansätze in Holland werden, daß eine große Stimmung innerhalb der Offiziellen vorhanden ist, um sich mit den Wynkopianern auszuheben. Wynkop nutzt dieses geschickt aus, er greift nun die „böse-utobolschewistische-Leitung“ der Offiziellen an. Ueberall ist die Wynkopgruppe, daß sie für Moskau und die 3. Internationale ist.

Was soll man noch vermelden über die Aussichten der revolutionären Entwicklung in Holland? KAP-Ansätze in Holland werden, daß eine große Stimmung innerhalb der Offiziellen vorhanden ist, um sich mit den Wynkopianern auszuheben. Wynkop nutzt dieses geschickt aus, er greift nun die „böse-utobolschewistische-Leitung“ der Offiziellen an. Ueberall ist die Wynkopgruppe, daß sie für Moskau und die 3. Internationale ist.

### Organisatorische Mittelgruppen

Achtung, „KAZ“ erscheint als Propagandanummer in besonderer inhaltlicher Aufmachung. Mehrbedarf muß sofort bei der Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, bestellt werden.

Betriebsorganisation Kreuzberg.  
Am Donnerstag, den 31. Oktober 1929, nachm. 4.30 Uhr, findet im Lokal George, Elisabethufer 12, eine öffentliche Sitzung der Betriebsorganisation Kreuzberg statt.  
Tagessordnung: 1. Die Lehren des Rohleierstreiks. 2. Organisatorisches. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Nowawes.  
Funktionärsitzung jeden Freitag, 20 Uhr, Lokal Dachshöhle, Plantagenstraße 1.

Ortsgruppe Weißentels.  
Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivoliv, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin, Wilmanns. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel  
Ich bestelle, hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: . . . . .  
Ort: . . . . .  
Straße: . . . . .



